

KINDERRECHTE-KOMPASS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

- 1) Alle Haushalte, in denen Kinder leben, sollen steuerlich weiter entlastet werden.
- 2) Für den sozialen Wohnungsbau soll der Bund mehr Mittel bereitstellen.
- 3) Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen Zugang zu allen Jugendhilfeleistungen (z.B. Heimunterbringung, Familienunterstützung, psychologische Betreuung) haben.
- 4) Geflüchtete Minderjährige sollen Anspruch auf Nachzug ihrer minderjährigen Geschwister haben.
- 5) Unternehmen in Deutschland sollen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Lieferkette bis hin zu den Rohstofflieferanten Kinderarbeit auszuschließen.
- 6) In Deutschland sollen im Interesse der zukünftigen Generationen die CO₂-Emissionen bis 2030 um 70 Prozent gesenkt werden.
- 7) Der Bund soll Schulen bei Investitionen in die digitale Infrastruktur (z.B. IT-Fachkräfte, Fortbildungen) langfristig fördern.
- 8) Der Bund soll festlegen, wie viele Kinder eine Erzieherin oder ein Erzieher in einer Kita höchstens betreuen muss. (Bundesweit einheitlicher Betreuungsschlüssel)
- 9) Der Bund soll den flächendeckenden Ausbau von Grundschulen mit Ganztagsangebot finanziell stärker fördern.
- 10) Allen Studierenden und Auszubildenden soll unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern eine Ausbildungsförderung (BAföG) gezahlt werden.
- 11) Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen in ganz Deutschland von Anfang an am regulären Schulunterricht teilnehmen dürfen.
- 12) Die Kennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln mit einem Label des Zucker- und Fettgehalts mit dem Nutri-Score soll bei allen Lebensmitteln/Fertigprodukten verpflichtend sein.
- 13) Für obdach- und wohnungslose junge Menschen soll ein bundesweites Netz an Wohnangeboten und Notschlafstellen eingerichtet werden.
- 14) Im Internet sollen Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch (z.B. durch Monitoring der Betreiber) grundsätzlich Vorrang haben gegenüber der Wahrung von Datenschutz- und Privatsphäreinteressen von Internetnutzern.
- 15) Die Rechte von Kindern auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- 16) Jugendliche sollen bei Bundestagswahlen ab 16 Jahren wählen dürfen.
- 17) Die Anerkennung der Elternschaft soll sich (weiterhin) am traditionellen Familienbild (Vater, Mutter, Kind) und am Abstammungsprinzip orientieren.

- 18) Schüler*innenvertretungen der Schulen, der Bundesländer und des Bundes sollen bei Entscheidungen (z.B. bei pandemiebedingten Entscheidungen) zum Schulbetrieb angehört werden müssen.
- 19) Deutschland soll in seiner Entwicklungszusammenarbeit Kinder und ihre Rechte in den Mittelpunkt der Strategien und Maßnahmen stellen und deutlich mehr Geld für den wirtschaftlichen Aufbau armer Länder bereitstellen.
- 20) Alle in Deutschland geborenen Kinder sollen (unabhängig von der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern) die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.
- 21) Jugendliche Straftäter bzw. Straftäterinnen sollen maximal für sechs Monate zu einer freiheitsentziehenden Maßnahme verurteilt werden dürfen.
- 22) In Deutschland soll eine Kindergrundsicherung eingeführt werden, die nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ist und die alle Sozialleistungen für Kinder und Familien zusammenfasst.
- 23) Geflüchtete Kinder und die Personen, die sie begleiten, sollen weiterhin an den EU-Außengrenzen zurückgewiesen werden können.
- 24) Kinder und Jugendliche, die in Pflegeeinrichtungen oder -familien leben, sollen von Kostenbeiträgen zur Unterkunft vollständig befreit werden.